



**BÜRGERALLIANZ**

**Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.**

## Pressemitteilung

Pößneck, den 17.05.15

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten um die Veröffentlichung unserer Pressemitteilung.  
Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Am 12.05.15 haben Vertreter des Vorstandes der Bürgerallianz an einem Diskussionsforum des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales (TMIK) im LVA Weimar teilgenommen. Ausgangspunkt ist die Umsetzung einer Forderung aus dem Koalitionsvertrag zwischen Die Linke, SPD und B90/Die Grünen, wobei die Landesregierung im Dialog mit den Kommunalen Spitzenverbänden und dem Dachverband der Bürgerinitiativen das Thema Straßenausbaubeiträge auf die Tagesordnung setzen soll. Dabei soll u.a. diskutiert werden, welche Modelle der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen anderer Bundesländer für Thüringen Vorbildcharakter haben oder wie die rückwirkende Erhebung von Straßenausbaubeiträgen zu begrenzen ist.

Geleitet wurde die Veranstaltung von Staatssekretär Udo Götze (SPD). Anwesend waren Juristen des TMIK und des LVA. Neben der Bürgerallianz waren auch Vertreter der Fraktion Die Linke, Haus und Grund, Haus-, Wohnungs- und Grundstückseigentümergeverein Saale-Orla, Gemeinde- und Städtebund und Mieterbund anwesend. Die Bürgerallianz Thüringen hat deutlich gemacht, die Straßenausbaubeiträge (SAB) und die Herstellungsbeiträge für Entwässerungseinrichtungen per Gesetz abzuschaffen. Dazu ist eine Änderung des ThürKAG und weiterer Gesetzesnormen, wie z.B. die ThürKO, durch die Landesregierung zu initiieren und durch den Thüringer Landtag zu ändern. Bei der Diskussion um mögliche Modelle anderer Bundesländer kommt für uns nur Baden-Württemberg und Berlin in Frage, wo die SAB bereits abgeschafft wurden.

Vor einer weiteren Diskussion über die Abschaffung der SAB und der Herstellungsbeiträge für Entwässerungseinrichtungen muss aus unserer Sicht schon in 2015 dringend die Rückwirkung dieser Beiträge durch den Thüringer Landtag geändert werden. Die Bürgerallianz Thüringen spricht sich für ein Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes zur Begrenzung der Erhebung von Straßenausbau- und Abwasserbeiträgen aus. Dabei sollte die Festsetzungsfrist künftig gemäß Abgabenordnung 4 Jahre betragen. Grundstückseigentümer und Kommunen benötigen bis zu einer Entscheidung zur Abschaffung SAB und der Herstellungsbeiträge für Entwässerungseinrichtungen zumindest eine Klärung zur Rückwirkung. Staatssekretär Götze hat zugesagt, dass man sich die Thematik Rückwirkung nun noch mal anschaut und dies mit den Fraktionen der Koalition erörtern will. Das nächste Treffen findet in ca. 3 Monaten statt. Bis dahin fordern wir die Landesregierung und die Fraktionen der Regierungskoalition auf, sich zur im Koalitionsvertrag versprochenen Begrenzung der Rückwirkung von Straßenausbaubeiträgen zu äußern. Ein Aussitzen der Thematik wäre aus unserer Sicht fahrlässig.

Freundliche Grüße

Wolfgang Kleindienst  
Landesvorsitzender